

Vorwärts

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-205
Zel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszettel 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Krisenstimmung in Paris.

Nach den aus Paris vorliegenden Meldungen hat die Veröffentlichung des englischen Reparationsplanes in den Kreisen der alliierten Staatsmänner eine starke Spannung hervorgerufen. Zwar hat Bonar Law gestern abend britischen und amerikanischen Pressevertretern gegenüber erklärt, die Veröffentlichung der britischen Vorschläge sei mit ausdrücklicher Zustimmung Poincarés erfolgt. Andererseits jedoch meldet „Daily Mail“ aus Paris, die britische Delegation sei gestern abend inoffiziell darauf aufmerksam gemacht worden, daß Poincaré nicht in der Lage sei, den englischen Plan auch nur als Grundlage zur Erörterung anzunehmen. Die Lage sei ernst und verwirrt. Auf der Zusammenkunft der britischen Delegation, die bis Mitternacht dauerte, sei erwoogen worden, ob der französische Plan durch Abänderungen annehmbar gemacht werden könne.

Ueber den Verlauf der gestrigen Sitzung der Konferenz wird noch bekannt, daß Bonar Law im Verlaufe seiner Darlegungen mehrmals auf die Frage der Arbeitslosen zu sprechen gekommen ist. „Sehen Sie,“ erklärte er Poincaré gegenüber, „was in Glasgow vor sich geht. Sie kennen Glasgow. Diese Stadt ist nunmehr eine Wüste geworden.“ Der englische Premierminister hatte vorgeschlagen, daß die Sachverständigen gemeinsam Zusätze zu den ursprünglichen Plänen ausarbeiten sollten. „Nein,“ antwortete Poincaré, „wir sind durch prinzipielle Meinungsverschiedenheiten getrennt. Was würde uns eine Übereinstimmung in der Form nützen?“ Unter diesen Bedingungen wurde beschlossen, daß die Sachverständigen jeder Delegation getrennt arbeiten. Sie haben in der Tat noch spät in der Nacht Sitzungen abgehalten.

Ueber die Einzelheiten des englischen Standpunktes gibt die bereits erwähnte Erklärung Bonar Laws an die Pressevertreter Aufschluß, die sich nach „Europa Press“ wie folgt zusammenfassen läßt:

England habe ebenso wie die anderen Alliierten die deutschen Zahlungen nötig, denn wenn Deutschland nicht zahle, so sei England gezwungen, seine Ausgaben bei den Alliierten einzufordern. Das englische Budget sei nur dadurch ins Gleichgewicht gebracht worden, daß die Steuerzahler in England ungleich stärker belastet wurden als die in anderen Ländern. Dies habe aber zu einer Verarmung der Steuerzahler in England und zur Arbeitslosigkeit geführt. England habe kein egoistisches Interesse daran, das deutsche Wirtschaftsleben wiederherzustellen, da Deutschland eher ein Konkurrenz als ein Käufer sein könnte. Der Reparationsplan dürfe aber nicht auf den Bedürfnissen der Alliierten aufgebaut sein, sondern auf der wirklichen Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Diese Zahlungsfähigkeit so berechnet werden, daß auch die neutralen Kapitalisten sich bereit erklären können, eine Anleihe zugunsten Deutschlands zu unterstützen. Die französische und englische Regierung seien entschlossen, eine Einigung in der Reparationsfrage herbeizuführen, aber unter den jetzigen Umständen erscheine dies als nicht sehr wahrscheinlich.

Diese pessimistische Auffassung Bonar Laws findet ihre Bestätigung in der Haltung der französischen Presse. Sämtliche Blätter, mit Ausnahme der sozialistischen, nehmen Stellung gegen den englischen Reparationsplan. Dem „Echo de Paris“ zufolge dürfte der englische Plan nur bei Amerika Unterstützung finden. Dem „Journal“ zufolge erklärte Poincaré gestern nach Schluß der Konferenz:

Was uns England vorgeschlagen hat, ist nicht ein neuer Zahlungsplan, sondern eine Revision des Versailler Vertrages. Poincaré fügte hinzu, daß eine solche Revision die Zustimmung des französischen Parlaments erfordern würde, daß sich aber keine Regierung finden werde, eine solche Zustimmung zu verlangen, und kein Parlament einer solchen Revision zustimmen würde.

Hinter diese großspurigen Aeußerungen Poincarés könnte man ein großes Fragezeichen setzen, da jedem Kenner der französischen Verhältnisse bekannt ist, daß die Stimmung des französischen Parlaments, das noch immer vom nationalen Block beherrscht wird, keineswegs der Stimmung der breiten Volksmassen Frankreichs entspricht. Aber wie die Dinge vorläufig liegen, muß leider noch immer mit der Tatsache gerechnet werden, daß Poincaré, gestützt auf die nationalistiche Kammermehrheit, auch jetzt den englischen Bemühungen, eine annehmbare Lösung zu finden, starken Widerstand entgegenzusetzen wird. In Pariser Konferenzkreisen ist man daher sehr pessimistisch gestimmt. Man spricht in englischen Kreisen die Hoffnung aus, daß die Vereinigten Staaten ihre Vermittlung vorschlagen werden, was aber von Frankreich sehr ungern gesehen würde, da man befürchtet, daß Amerika in einem England freundlichen Sinne intervenieren werde. In französischen Regierungskreisen hofft man daher, daß Belgien oder Italien einen Kompromißvorschlag einbringen werden.

Der französische Reparationsplan.

Der französische Reparationsplan ist am gestrigen Dienstag der Pariser Konferenz der alliierten Regierungen vorgelegt worden. Wir haben in dem größten Teil der Morgenausgabe bereits den Anfang des umfangreichen französischen Programms veröffentlicht. Es wünscht:

1. den Versuch, eine Lösung der Reparationsfrage und der Frage der interalliierten Schulden ausfindig zu machen.

2. Die Annahme einer bestimmten Politik hinsichtlich der Stabilisierung der Mark und der Reorganisation der deutschen Finanzen.

3. Sofortige Beschlüsse über das von Deutschland verlangte Moratorium und die Pfänder, deren Beschlagnahme durch die französische Regierung, sowohl um die während der Dauer des Moratoriums noch zu leistenden Zahlungen sicherzustellen, als auch um einem späteren Verfall Deutschlands vorzubeugen.

Der Plan sagt dann weiter, die Erfahrung der Vergangenheit könne nicht das mindeste Vertrauen zu Deutschlands gutem Willen und künftigen Zahlungen einflößen. Die französische Regierung sei nicht geneigt, irgendeine Herabsetzung ihres Anteils an den Zahlungen zu akzeptieren, die Deutschland auf Grund des Zahlungsstatuts schuldig sei.

Es wird dann die Ordnung der deutschen Finanzen verlangt. Dessen handelt der Abschnitt

II. Organisation der deutschen Finanzen.

Das Reorganisationsprogramm der deutschen Finanzen sei im wesentlichen wie folgt aufzubauen:

A. 1. Ausarbeitung eines Stabilisierungsplanes der deutschen Währung durch die deutsche Regierung, der der Reparationskommission zur Billigung zu unterbreiten sei. Dieser Plan dürfe keine andere Intervention auf dem Devisenmarkt enthalten als die, die notwendig sei, um den äußeren Wert der Mark aufrechtzuerhalten, deren Kurs zu Beginn der Operation festgesetzt werde, bis der innere Wert der Währung aufs neue dem äußeren konstant gehaltenen angeglichen sei.

2. Sofortige Maßnahmen, um das deutsche Budget ins Gleichgewicht zu bringen und dieses Gleichgewicht dadurch aufrechtzuerhalten, daß man progressiv in die Ausgaben die notwendigen Kredite einstellt, um Deutschland zu gestatten, seine Reparationsschuld zu bezahlen.

3. Von Anbeginn der Anwendung des Stabilisierungsplanes solle die deutsche Reichsbank die Diskontierung der Schecks einstellen. Die Bedürfnisse des Deutschen Reiches, die nicht provisorisch durch die normalen Einnahmen gedeckt seien, seien durch innere Goldanleihen flüssig zu machen.

4. Zur Verstärkung der Dispositionen, die geeignet seien, die Kapitalflucht zu verhindern, diene die Theaurierung ausländischer Devisen im Inlande.

B. Kontrolle der vorausgegangenen Verfügung durch den Garantieauschuß unter folgenden Bedingungen:

a) Ein vollkommener Plan der gezeigten und Verwaltungsmaßnahmen sei von der deutschen Regierung im Einverständnis mit der Reparationskommission aufzustellen. Die deutsche Regierung übernehme die Verpflichtung, sofort diesen Plan dem Reichstag zu unterbreiten und, wenn nötig, auch den Parlamenten der Länder, die ihn unterstützen und sich verpflichten müßten, daran nichts zu ändern ohne Einwilligung des Garantieauschusses.

b) Der Garantieauschuß werde in den Stand gesetzt, die Ausführung dieses Programms zu verfolgen und so in jedem Augenblick in allen Einzelheiten den Stand der Finanzverwaltung des Reichs und der Gliedstaaten kennenzulernen. Der Auschuß könne zu diesem Zweck zu allen Eingriffsmitteln Zuflucht nehmen, die er für nützlich halte. Er könne

jede Ausgabe, die er für inopportun halte, untersagen und jede Erhöhung, die er für notwendig halte und die bestimmt sein sollte, Deutschland zu gestatten, seine Reparationslasten zu begleichen, vorschreiben. Er werde über die Reichsbank und alle anderen Organisationen, die damit beauftragt seien, in die Abänderung der deutschen Währung einzugreifen, die notwendige Kontrolle ausüben, um die Ausführung des Planes sicherzustellen.

c) Wenn das vorstehende Programm nicht innerhalb der festgesetzten Zeit von den Regierungen angenommen und wenn die vorgeschriebenen Verpflichtungen nicht durchgeführt würden oder wenn man sie nicht halte, wenn also die deutsche Regierung sich nicht unmittelbar den Anforderungen des mit der Kontrolle beauftragten Organismus füge, dann werde dies als eine

vorläufige Verletzung

im Sinne der §§ 17 und 18 des Anhangs 2 Abschnitt 8 des Friedensvertrages von Versailles angesehen und der in Kapitel IV vorgesehene Sanktionsplan sofort und automatisch in Kraft treten. Die alliierten Regierungen verpflichten sich im voraus, gegenseitig ihren Delegierten bei der Reparationskommission Instruktionen in diesem Sinne zu geben.

d) Die Schlußbestimmung von Artikel 7 des Zahlungsstatuts, derzufolge das Garantietomitee nicht ermächtigt sei, sich in die deutsche Verwaltung einzumischen, bedeute nur, daß das Garantietomitee nicht an die Stelle der deutschen Verwaltungszweige treten und deren Leitung übernehmen könne.

C. Verlegung des Sitzes des Garantietomitees nach Berlin und Angliederung von Vertretern der Zeichnerländer an das Komitee, soweit auswärtige Anleihen aufgelegt sind.

Dollar 7400—7500.

Die Börse wird nervös.

Der Berliner Devisenverkehr stand heute unter dem Eindruck der wenig günstigen Meldungen aus Paris. Es waren sogar Gerüchte im Umlauf, die von einem baldigen Rücktritt des Reichskanzlers wissen wollten. Der Dollar hielt sich zwischen 7400 und 7500. An der Effektenbörse zeigte sich zunächst einiges Angebot, das auf die unsichere politische Lage zurückzuführen ist. Die Spekulation nahm jedoch die an den Markt kommenden Papiere auf. Infolgedessen trat im weiteren Verlaufe eine leichte Befestigung der Börse ein. Allgemein herrscht jedoch an der Börse starke Spannung und Nervosität.

III. Pfänder und Moratorium.

Die französische Regierung sei der Ansicht, daß Deutschland in der Lage wäre, im Benehmen mit den Großindustriellen im Jahre 1923 eine ausreichende Anstrengung zu machen, um das Zahlungsstatut auszuführen und daß auf alle Fälle das von Deutschland verlangte Moratorium nur unter der Bedingung annehmbar sei, daß es sich nicht auf sämtliche Zahlungen erstreckt, die Deutschland schuldig sei und daß ihm als Gegenwert die Beschlagnahme von Pfändern gegenüberstehe.

Die französische Regierung sei

nicht geneigt, ein längeres Moratorium als für zwei Jahre

ins Auge zu fassen, diese Frist könne nur dann bewilligt und aufrechterhalten werden, wenn Deutschland im Einverständnis mit der Reparationskommission die unerläßliche Anstrengung mache, seine Finanzen zu reorganisieren und wenn es die notwendigen Dispositionen für Anleihen ergreife, die zu einem Teil dazu bestimmt sind, den Ausgleich seines Budgets und die Stabilisierung der Mark zu erleichtern, der Rest, um schon im Laufe des Moratoriums mit der Tilgung seiner Kapitalsschuld zu beginnen.

Was die Ausdehnung des Moratoriums anlangt, so halte es die französische Regierung für angebracht, daß weiter bezahlt würden:

1. Die Befahrungskosten, wie sie durch das Abkommen vom 11. März 1922 festgesetzt worden seien, die Ausgaben für die Rheinlandkommission in den Rheinlanden und für die Militär- und Marinekontrollkommission,

2. die Darleistungen unter nachgenannten Bedingungen, 3. weiter zu leisten wären auch Sachlieferungen unter den im Vertrag und in den geltenden Abmachungen vorgesehenen Bedingungen.

Daneben hätte Deutschland ferner die anderen Verpflichtungen (Ausgleichszahlungen, Restititionen usw.) zu erfüllen, und zwar unter den Bedingungen, wie sie augenblicklich herrschen. Nach den Erfahrungen der letzten drei Jahre seien diese Pfandnahmen unerträglich; ihre Durchführung vermindere die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nicht und sei auch nicht geeignet, die Sanierung seiner Finanzen zu verhindern. Die Pfänder werden übernommen, um die Ausführung der Moratoriumsbedingungen zu sichern, sowohl was die Reorganisation der deutschen Finanzen betreffe als auch die beschränkten, für diesen Zeitraum vorgesehenen Zahlungen, ferner um den alliierten Mächten die Fortführung und Ausdehnung dieser Zahlungen bei Ablauf dieses Moratoriums zu sichern, wenn Deutschland dann nicht die notwendigen Maßnahmen ergreife, um in normaler Weise seine Schulden zu begleichen. Falls während der Zeit des Moratoriums Deutschland genügend umfangreiche Anleihen abgeschlossen hat, die zur Amortisierung der deutschen Schuld zur Verfügung gestellt werden, könne ins Auge gefaßt werden, der deutschen Regierung die Erträge der Pfänder zur Verfügung zu lassen, sei es einen Teil der Sachlieferungen, sei es ihren Gegenwert vom Ertrag der Anleihe. Aber die französische Regierung glaube, daß nützliche Dispositionen getroffen werden müßten, um

sofort die Produktivität der Pfänder zu sichern

und um die Organismen zu schaffen und funktionieren zu lassen, wie es die Umstände notwendig machen. Das französische Programm versuche soviel wie möglich, jede militärische Befehung zu vermeiden, ausgenommen den Fall, daß Deutschland sich nicht strikte an alle Verpflichtungen halte, die das Programm ihm auferlegt, in welchem Falle auch die Sanktionen automatisch in Kraft treten, die im nachfolgenden Kapitel 4 vorgesehen sind. In dieser Hinsicht übernehme die Alliierten gegeneinander eine absolute

Verpflichtung, diese Sanktionen gemeinsam anzuwenden

oder keinerlei Einwendung zu erheben, wenn einer von ihnen sie allein anwendet. Die französische Regierung sei überzeugt, daß die Alliierten dieses Programm annehmen und mit ihr gemeinsam arbeiten, um es der deutschen Regierung aufzuzwingen, damit die Durchführung keinerlei ernste Schwierigkeiten erfahre und daß gerade eine Truppenbewegung im besetzten Gebiet unnötig gemacht werde.

Das Pfänderprogramm.

I. Pfänder, um die Sachlieferungen sicherzustellen.

a) Kohlen.

Eine interalliierte Kontrollkommission bestehend aus Ingenieuren, Vorsitzender ein Franzose, stimmen im Verhältnis zu den Kohlenlieferungen verteilt, die den Alliierten zuzuführen, werde nach Eisen geschickt, um mit dem Bestand der deutschen Regierung mit den notwendigsten Vollmachten versehen, die Tätigkeit des Kohlenyndikats zu überwachen und durch Beschie, die der Präsident erteilt, sei es im Kohlenyndikat oder im deutschen Transportdienst, die strikte Anwendung des von der Reparationskommission festgesetzten Programms sicherzustellen.

Die Rheinlandkommission soll durch Verordnungen im Ruhrgebiet die Ausführung der von der einziehenden Mission erlassenen Bestimmungen sicherstellen können.

b) Holz.

Es werde Deutschland notified, daß die alliierten Regierungen sich das Recht vorbehalten, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um zu ihrem Nutzen in den Staats- und kommunalwäldern der besetzten Gebiete zusätzliche Holzschlägungen durchzuführen zu lassen. Auch dafür soll die Rheinlandkommission Befehle zur Holzausfuhr erteilen.

c) Im Falle, daß von Deutschland verlangte Sachlieferungen, Wiederaufbaumaterial, Stickstoff usw. nicht in den vorgesehenen Fristen erfolgen, könnten in der Höhe der unbefriedigten Lieferungen Requisitionen erfolgen, und zwar unter dem Befehl und der Kontrolle der Rheinlandkommission. Diese Requisitionen könnten sowohl im militärisch besetzten als auch im Ruhrgebiet stattfinden.

Der italienische Vorschlag.

Paris, 3. Januar. (W.B.) Der von der italienischen Delegation der Alliiertenkonferenz in Paris vorgelegte Entwurf eines Reparationsplanes geht von den folgenden Grundbegriffen aus: Man müsse jede Lösung, die nur eine Teillösung oder eine Scheinlösung sei, zurückweisen. Die italienische Regierung könne auch nicht auf den geringsten Teil ihrer Reparationsansprüche verzichten, es sei denn, daß ein gerechter Ausgleich von Seiten Englands erfolge.

Nach diesen allgemeinen Betrachtungen werden der Prüfung der Alliierten folgende Vorschläge unterbreitet:

I. Die Schatzbonds der Serie C sollen mit Hilfe der Reparationsverpflichtungen Österreichs, Ungarns und Bulgariens sowie durch teilweise Annullierung der England gegenüber eingegangenen Schulden geregelt werden.

II. Die deutschen Schulden werden hierdurch auf den Betrag der Serien A und B, also auf 50 Milliarden, herabgesetzt.

III. Deutschland werde ein Moratorium von zwei Jahren gewährt gegen Pfänder, über die später gesprochen werde.

IV. Deutschland werde in kürzester Frist eine Anleihe von mindestens drei Milliarden Goldmark abschließen, von der ein Teil zur Stabilisierung der Mark und zur wirtschaftlichen Wiederherstellung Deutschlands verwendet werde nach den Vorschlägen der wirtschaftlichen und finanziellen Sachverständigen, die durch Reichskanzler Brüning nach Berlin berufen wurden. Der Rest soll während der Periode des Moratoriums unter die reparationsberechtigten Alliierten verteilt werden. Die deutsche Regierung verpflichte sich zu erreichen, daß die deutschen Banken und Industriellen einen Minimalbetrag von drei Milliarden Goldmark garantieren.

V. Zur Garantie für diese Anleihe müßten einige deutsche Staatseinkünfte durch die Reparationskommission von der ersten Hypothek befreit werden.

VI. Die Mächte, die auf Reparationen Anspruch hätten, verlangten von Deutschland die Fortsetzung der Sachlieferungen. Diese Sachlieferungen würden Deutschland aus der deutschen Anleihe bezahlt.

VII. Während der Periode des Moratoriums würden die Beschlüsse der Reparationskommission wenn nötig verschärft. Sie hätte darüber zu wachen, daß die deutsche Regierung alle notwendigen Maßnahmen ergreife, um die Mark zu stabilisieren, um die von dem Garantieauschuß festgelegten Finanzreformen auszuführen und das Budgetgleichgewicht wiederherzustellen, um alle nicht unerlässlich notwendigen Ausgaben zu unterdecken, namentlich die, die sich auf öffentliche Arbeiten beziehen, und um den größtmöglichen Ertrag der Steuern sicherzustellen und die Inflation einzustellen.

VIII. Wenn die Periode des Moratoriums vorüber und der Kredit Deutschlands wiederhergestellt sei, werde Deutschland seine Reparationszahlungen mit Hilfe von Anleihen wieder aufnehmen, die es übrigens schon jetzt abschließen könne.

IX. Zieht der italienische Plan gegen gewisse Vergütung eine vorherige deutsche Zahlung in Betracht.

Die produktiven Pfänder, die die italienische Regierung vorschlägt, sind die folgenden:

1. Kontrolle über die Ein- und Ausfuhrlicenzen, 2. direkte Zollerhebung seitens der Alliierten an den äußeren Grenzen des Rheinlandes, die bereits im Jahre 1921 durchgeführt wurde. Der Ertrag wird auf 140 bis 180 Millionen Goldmark im Jahre berechnet, 3. Kontrolle der Staatsbetriebe und der deutschen Domänenforsten. Die von den Desagierten der verbündeten Regierungen oder von der Reparationskommission ausübende Kontrolle würde auch einen größeren Holzerschlag gestalten und infolgedessen die regelmäßige, noch umfangreichere Lieferung von Holz ermöglichen, 4. Kontrolle der Produktion der Staatsbergwerke im Ruhrgebiet. Diese Kontrolle würde die Kohlenlieferungen auf Reparationskonto sicherstellen sowie die nötigen Kohlenmengen für das Rheinland, gegen etwaige Verluste des Deutschen Reiches, eine wirtschaftliche Krise im besetzten Gebiet heraufzubeschwören.

Der verhinderte deutsche Vortrag.

Eine offizielle Mitteilung der von „Et Europe“ gestern abend verbreiteten Meldung, der zufolge ein einstimmiger Beschluß der Konferenz bereits vorliege, nach dem Bergmann zu mündlichen Erklärungen der deutschen Vorschläge nicht gehört werden solle, liegt bis zur Stunde in Berlin noch nicht vor. An der Richtigkeit dieser Meldung, die durch ein Pariser Privattelegramm des „Lokal-Anzeigers“ direkt und durch ein Pariser W.B.-Telegramm indirekt bestätigt wird, ist jedoch kaum zu zweifeln.

Ein klassischer Lustspielabend im „Neuen Volkstheater“. Statt der seitlichen Schwänke von heute wollte die Volksbühne die Fröhlichkeit im klassischen Gewande bieten. Goethes „Raune des Verliebten“ und Schillers „Räuber als Ochs“ wurden erkoren und gaben einen guten Zusammenklang (wenn auch beide Stücke wenig klassisch an sich haben). Goethe in den Leipziger Studentenjahre entstandenes Schäferspiel ist voll manterer Laune. Weidt es auch in der Konvention dieses Genres, so findet sich doch auch schon Individuelles darin an. Goethe hat seine Erlebnisse mit seiner ersten Liebe, der Weinwirtschaftler Schönlkopf, darin gespiegelt. In einem Vokalrahmen hatte Felix Kleinert ein entzückendes Bühnenbild gestellt, in dem das Doppelpärchen von Liebenden (Bayer-Achaz, Kästig-Fröhlich) anmutig seine Rollen abspielte.

Dem fanstieren Auftakt folgte das mit allen Feinheiten der Spannung und Steigerung gebaute Lustspiel des einst viel geliebten Franzosen Picard, das Schiller mäßig und geschickt überlegt hat für das Alltagsrepertoire der deutschen Bühne. Das Stück, das das uralte Motiv der Neugierigkeit zweier Personen (in diesem Falle: Onkel und Nefte) ausnutzt, um die lustigsten und aberwitzigsten Wirkungen zu erzielen, und ein Muster seiner Situationskomik darstellt, schlägt auch heute noch voll ein. Das Publikum kam aus einer angeregten Heiterkeit nicht heraus und freute sich an der vorzüglichen Spielweise Paul Bildts und der durcheinander gelangenen Besetzung. Armin Schweizer (als zürnender Vater), Paula Bayer (als hochcharmant Nefte), Gustav Fröhlich (der Schwerebender von Nefte) und vor allem Fritz Lion, der den vertrauten Bedienten Champagne, den Schürzer und Köser des Knotens, mit überaus drolliger Piffigkeit charakterisierte, sind vorweg zu nennen. Der Darsteller des Vorwurfs dürfte besser in polnischer Sprache wirken.

Eine neue Nachprüfung der Einsteins-Theorie. Die deutsch-englische und die britische Expedition, die zur Beobachtung der Sonnenfinsternis am 21. September nach der Weihnachtsinsel entsandt waren, hatten die Nachprüfung der Einsteins-Theorie nicht erfüllen können, da sie durch den bedeckten Himmel an der photographischen Aufnahme behindert waren. Wie der nach London zurückgekehrte Leiter der englischen Expedition, Spencer Jones, mitteilt, hofft er im nächsten Jahr glücklicher zu sein. Am 10. September 1923 findet wieder eine totale Sonnenfinsternis statt, die unter anderem in Nord-Mexiko und in Süd-Kalifornien sichtbar ist. Wenn die bei der letzten Finsternis an der nordwestlichen Küste Australiens von den Vertretern des kalifornischen Lid-Observatoriums aufgenommenen Photographien gleichfalls keine entscheidenden Schlüsse auf die Richtigkeit der Einsteins-Theorie gestatten sollten, so wird wahrscheinlich eine britische Expedition zur photographischen Aufnahme der nächstjährigen Sonnenfinsternis nach Amerika entsandt werden. Die Ergebnisse der Lid-Expedition werden aber vor März nächsten Jahres in Europa nicht bekannt werden.

Spielplanänderung. Die im Deutschen Theater für Donnerstag angelegte Aufführung von Hauptmanns „Kaiser Karls Geleit“ wird auf Sonnabend verlegt. Dafür geht „Sams, César und Cleopatra“ in Szene.

mäßigen. 2. eine Serie von Gutscheinen im Betrage von 17 Milliarden Goldmark (der Betrag für die gestundeten Zinsen der ersten Serie) oder ein geringerer Betrag, den ein Schiedsgericht festzusetzen hätte. Diese Gutscheine wären auf den 1. April 1933 auszustellen, der volle Betrag wäre 1935 zahlbar. Die Verzinsung würde 5 Proz. pro Jahr betragen. Diese Gutscheine sollen nicht auf dem Markt gehandelt werden. Sie dienen ausschließlich als Rechnungsbefehl.

Deutschland hätte also zu zahlen: 1. in den ersten vier Jahren nichts, mit Ausnahme gewisser Naturalieferungen, für die ihm ein Kredit auf das Konto der späteren Zahlungen eingeräumt würde,

2. 2 Milliarden Mark jährlich in den folgenden 4 Jahren, 3. zweieinhalb Milliarden jährlich in den folgenden 2 Jahren, 4. nach Ablauf dieser 10 Jahre dreieinhalb Milliarden jährlich, oder eine kleinere Summe, die ein unparteiliches Gericht festzusetzen hätte.

In den ersten 4 Jahren würden die Sachlieferungen, die soweit wie möglich einzuschränken wären, vor allem enthalten: Koks für Frankreich, Kohle für Italien und, wenn möglich, Farbstoffe. Die Tilgung soll in 30 Jahren stattfinden, wenn sich jedoch Deutschland früher der Schulden zu entledigen vermag, wird ihm eine Vergütung bis zu 8 Proz. eingeräumt.

Dieser neue Zahlungsplan ist an folgenden Bedingungen geknüpft, die Deutschland übernehmen muß:

1. Die Stabilisierung der Mark im Verlaufe von sechs Monaten und Sicherstellung des Budgetgleichs in 2 Jahren, 2. Annahme einer Finanzkontrolle, die von den Alliierten für notwendig erklärt wird, 3. Im Falle einer Veräusserung der Anerkennung der Maßnahmen, die die alliierten Mächte in einem einstimmigen Beschluß festsetzen sollen und die in einer Beschlagnahme der deutschen Einnahmen und in der Aufrechterhaltung der militärischen Befehle im besetzten Gebiet bestehen würden.

In der Frage der interalliierten Schulden enthält das englische Projekt unter der Bedingung, daß sein Reparationsplan angenommen wird und daß jeder Versuch einer Ergreifung von Pfändern und der Anwendung von Sanktionen, außer dem im Plan selbst enthaltenen Sanktionen aufgegeben wird, folgende Vorschläge: a) die jetzt in England aufbewahrten Golddepots, die als Garantie für die interalliierten Schulden dienen, sollen zur Herabsetzung dieser Schulden verwendet werden, b) die erste Zahlung, die Frankreich und Belgien für seine Kriegsschulden in deutschen Gutscheinen erhalten und der Betrag von 1 1/2 Milliarden Goldmark von der ersten Serie der deutschen Gutscheine, die zur Verwendung auf das Reparationskonto bestimmt sind, sollen England ausgeföhrt werden, c) die übrig bleibenden Schulden der europäischen Alliierten untereinander werden als getilgt angesehen und jede Forderung in dieser Hinsicht wird aufgegeben unter der Bedingung, daß die Schuldner einen entsprechenden Teil der zweiten deutschen Gutscheine, der ihnen zukommt, auf eine gemeinsame Kasse überweisen, die zur Tilgung der europäischen Schulden an die Vereinigten Staaten dienen soll.

Einer E.P.-Medung über den englischen Plan entnehmen wir noch folgendes: Der Betrag dieser zweiten Serie würde von einem Schiedsgericht festgesetzt werden, das aus einem Vertreter der Reparationskommission, einem Vertreter Deutschlands und einer von diesen beiden Vertretern zu bezeichnenden Persönlichkeit zusammengesetzt werden würde. Wenn keine Einigung darin erzielt werden würde, hätte der Präsident der Vereinigten Staaten den dritten Vertreter zu bezeichnen. Die zweite Serie der deutschen Schulden würde durch die Aufhebung der interalliierten Schulden annulliert werden, so daß sich die deutsche Reparationsschuld auf

50 Milliarden Goldmark

beschränken würde. Die Obligationen, aus denen diese Schulden bestehen würden, könnten von Deutschland zu günstigen Bedingungen zurückgelassen werden, und zwar zu 50 bis 56 1/2 Proz. in den Jahren 1923-1931, von 1934 an würden die Obligationen zu Pari zurückgegeben. Die Finanzkontrolle über Deutschland würde durch eine Kommission ausgeübt werden, der Vertreter Frankreichs, Englands, Belgiens, Italiens, der Vereinigten Staaten und einer neutralen europäischen Macht angehören würden. Diese Kommission würde vom deutschen Finanzminister präsiert werden, der aber nur bei Stimmenscheid Stimmrecht hätte.

unenwickelten Völkern in Vergleich zu bringen. Die Ergebnisse klingen eigenartig. So sollen z. B. in der indischen Landschaft Punjab heute 70 Proz. der Einwohner linksdändig sein. Auch bei den Hottentottenstämmen fanden die Forscher mehr Links- als Rechtsdändige. Auf der Insel Celebes sollen ebenfalls die Linkshänder die Mehrzahl der Bewohner ausmachen.

Ganz abgesehen von den Kriegsbeschädigten hat es ja auch bei uns von jeher einen gewissen Prozentsatz linksdändig begabter Menschen gegeben. Von ihnen sind die „Linker“, die nun ihrerseits mit der rechten Hand umgehen, gewiß in nichts besser als die Rechtshänder. Um so mehr aber beweisen die beidhändig gleich Geschickten, wie man sie häufig unter Handwerkern, Künstlern, Artisten und Arbeitern antrifft, daß die richtige Ausbildung der linken Hand im täglichen Leben mancherlei Bequemlichkeiten, im Beruf aber eine ausgeprägte technische Vorzugsstellung gewährt.

Residenz-Theater: „Es lebe das Leben“, von Sudermann. Das Wiedersehen des Stückes bestätigt den Eindruck, den man bei der Erstausführung im Deutschen Theater vor vielen Jahren empfing. Die Kritik freilich, die Sudermanns Erlösung, die selber unzählige Male gespielt „Ehre“ vielfach mit ganz unverständlicher Begeisterung aufgenommen hatte, zeigte in ihrer Stellungnahme zu seinen späteren Produktionen einen merkwürdigen Umschlag. Auch an dem Schauspiel „Es lebe das Leben“ ließ sie damals wenig Gutes. Statt die positiven Seiten seines Könnens, den starken Sinn für Bühnenmäßige Szenenführung und die oft so prägnante Charakteristik einzelner Figuren, in ihrer Bedeutung anzuerkennen, wollte sie in seinen Leistungen und Gaben vielfach nur handwerkermäßige Mängel sehen. Gewiß: Natur in jenem einfach schlichten Sinne, wie sie uns bei Hauptmann entgegentritt, hat Sudermann, von einzelnen verstreuten Zügen abgesehen, nicht zu bieten. Mit seinem Blick für Bühnenwirkung verbindet sich eine Art des Konstruierens, die auch vor fragwürdigen Raffinements in der Erfindung nicht zurücksteht und im Dialoge leicht in leere Gesträngelei verfällt. Doch diese Mängel hindern nicht, daß er in seinen besseren Stücken das Publikum dramatisch zu erregen und zu spannen weiß. Eine Kunst, die heut nur wenigen geblieben ist.

Das Milieu der aristokratisch blaublütigen Gesellschaft und die Situationen, die die Kranke und doch dankbar-lebensfreudige Beate, so wenig sie ihre „Schuld“ bereuen kann, zum Selbstmord treiben, wird hier mit sicherer Hand gezeichnet, eine Fülle manniglicher und interessanter Beziehungen verwebt sich zu einem geschiederten Ganzen. Die seelenvolle Weisheit und Güte der gealterten Frau kam in der Darstellung durch Ida Wüst zu überzeugend warmem Ausdruck. Ueberwiegend echt sowohl in der derb sprechenden Sozialität wie in seinem jähren Schmerz, war der Gatte Hans Warrs. Meisterlich klügelte sich in diesem Bilde Zug an Zug. Auch die anderen Rollen des figurenreichen Stückes waren durchgängig gut vertreten. Würdig gemessen repräsentierte Heinrich Schröth den Völkerring. Fein und distret kam insbesondere auch die Epilodenfigur des sozialistischen Agitators Weizner im Spiele Josef Kleins heraus.

2. Pfänder für Geld- und Sachlieferungen.

a) Abgabe ausländischer Devisen von der deutschen Ausfuhr aus den zurzeit besetzten Gebieten und aus dem Ruhrbecken, damit die Alliierten nennenswerte Summen in bar erlangen, andererseits eine Sicherheit, die das Garantiefomitee bis heute in Berlin nicht erlangen konnte, erhalten und eine Kontrolle darüber zu führen, unter welchen Umständen die Ausfuhrbewilligungen gewährt würden, besonders aber ob die Exporteure die vorgeschriebenen Zahlungen richtig ausführten. Die Durchführung soll durch

ein Pfänderkomitee

sowohl für das linke Rheinufer und für das Ruhrbecken erfolgen oder durch Schaffung eines Anleihekomitees auf Grund einer Ordnanz der Rheinlandkommission, unter deren Autorität auch die Lizenzen erteilt werden und die auch den Prozentsatz der abzuleistenden ausländischen Devisen festsetze. Das Gesamtergebnis wird ungefähr 100 Millionen Goldmark im Jahre sein.

b) Beschlagnahme der Zolleinnahmen im augenblicklich besetzten Gebiet und den Hauptzollämtern im Ruhrgebiet.

c) Trotz der formulierten Einwendungen bleibe es wünschenswert, das von der Londoner Konferenz im März 1921 eingerichtete Wirtschaftsrégime wiederherzustellen. Angesichts des von verschiedenen Alliierten begründeten Widerstandes wäre die französische Regierung jedoch im Falle einer gemeinsamen Beschlagnahme von Pfändern geneigt, folgendes Verfahren einzuschlagen:

d) Die Rheinlandkommission erhalte den Auftrag, die Erhebung der Zölle an der Westgrenze des besetzten Gebietes und in den Zollbezirken der besetzten Gebiete und des Ruhrgebietes einzurichten. Sie wäre befugt, den in ausländischen Devisen zahlbaren Anteil an den Ausfuhrabgaben festzusetzen. Der Rest wäre an die Kommission in Papiermark abzuführen. Die Einnahmen aus diesem Verfahren würden 200 Millionen Goldmark jährlich betragen, wovon 150 Millionen Mark im besetzten Gebiet eingehen dürften.

e) Beschlagnahme der Kohlensteuer im besetzten Gebiet und im Ruhrbecken.

Ein Teil der Steuer, beispielsweise etwa 30 Proz., sollen die Grubenbesitzer in ausländischen Devisen zahlen. Geschehe das nicht, so könnten die interalliierten Mächte eine entsprechende Quantität Kohlen beschlagnahmen. Das Ergebnis dieser Steuer wird auf 400 Millionen Goldmark geschätzt, wovon 120 in ausländischen Devisen zahlbar, der Rest in Papiermark nach dem augenblicklichen Kurse, also 500 Milliarden.

f) Die Einnahmen aus Zöllen und der Kohlensteuer veranschlagt der französische Plan bis 180 bzw. 280 Millionen Goldmark, die in Papiermark eingehen. So soll der

Gesamtertrag der vorgeschlagenen Pfänder genau eine Milliarde sein.

Man behält sich vor, falls Deutschland auch fernerhin verfügt, alle Einnahmemeasures, namentlich aber die Kohlensteuer und die Abgaben an ausländischen Devisen zu erhöhen. Es wird betont, daß die Pfänder den Vorteil haben, einen energischen Druck auf die Wirtschaft zu üben, die bis jetzt das Haupthindernis für die Ausführung des Friedensvertrages gebildet habe.

IV. Sanktionen.

Wenn die deutsche Regierung das vorstehende Programm nicht ausführe und namentlich nicht alle gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen treffe, die die Reparationskommission oder die Rheinlandkommission oder die alliierte Ingenieurmission für notwendig erachten, würden sofort und automatisch die folgenden Sanktionen in Kraft treten:

1. Militärische Besetzung der Bezirke von Essen und Bochum und des von Marshall Hoeh näher bestimmten Teiles des Ruhrbeckens.

2. Errichtung einer Zolllinie östlich des gesamten besetzten Gebiets; dabei bleibe die von der französischen Regierung mehrmals gemachte Feststellung (1) aufrechterhalten, daß jede Nichterfüllung des Versailler Vertrages einen Ausschub der Räumungsarbeiten für das besetzte Gebiet in der Vergangenheit zur Folge gehabt habe und in Zukunft fernerhin haben werde.

Der englische Plan.

London, 3. Januar. (W.B.) Nach dem der Pariser Konferenz vorgelegten englischen Plan hätte Deutschland an die Reparationskommission neue Gutscheine in zwei Serien auszuföhren. 1. eine Serie im Betrage von 50 Milliarden Goldmark, die sofort auszustellen wären, am 31. Dezember 1924 im vollen Betrage zahlbar und in der Zwischenzeit mit 5 Proz. jährlich zu verzinsen sind. Die Verzinsung wäre in den ersten 4 Jahren vollständig zu stunden und in den folgenden 4 Jahren auf 4 Proz. zu er-

Linkshänder.

Durch den Weltkrieg, der so viele Einarmige geschaffen, nahm die moderne Wissenschaft das Problem der Linkshändigkeit in ihr Bereich, und es gelang ihr durch bestimmte Systeme, die linke Hand der rechten ebenbürtig zu machen. Weltreichende Erfolge wurden erzielt, nicht nur für Handschrift und Maschinenschriften, auch für berufsmäßigen Gebrauch der Linken beim Schlossern, Tischlern, Modellieren usw.; auch als Musiker und Musiker sind Einarmige tätig, welche es mit der Linken zur Vollendung ihrer Leistungen brachten.

Neuerdings ist in pädagogischen Kreisen mit großem Nachdruck die Forderung erhoben worden, man solle den Kindern in der Schule Schreiben und Zeichnen beidhändig lehren. Man verspricht sich durch die beidhändige Tätigkeit eine Kräftigung des Gehirns, das durch die Bevorzugung rechtsdändiger Tätigkeit auf seiner rechten Hälfte Schwächen aufweist. Sicher wird die Schulung der linken Hand dem Menschen im Beruf, im Alltag und für besondere Lebensfälle große Vorteile bringen. Aber die Pädagogen werden bis zur Bewirkung ihrer Forderung noch mit sehr vielen Vorurteilen zu kämpfen haben. Mehr durch Gewohnheit und Übung als durch natürliche Anlage hat sich die rechte Hand die Vorherrschaft über die linke gesichert. Damit wurde im Laufe der Jahrmhunderte und Jahrtausende die Rechtsdändigkeit als der ordnungsmäßige und „natürliche“ Zustand betrachtet. Entsprechend entwickelte sich die Anschauung, daß die Linkshändigkeit einem Mangel gleichkomme. Bezeichnend ist die Ableitung der Worte: „Recht“, „Gerechtigkeit“ und „richtig“ vom Begriff „rechts“. Schon in alten Zeiten wurde alles Gute von rechts, alles Schlechte von links hergeleitet. So sollen die Guten zur Rechten Gottes sitzen, die Raben des germanischen Gottes Wotan sitzen rechterseits ab usw. Links bedeutet Böses, und es gilt ja auch heute noch als böses Zeichen, wenn man mit dem linken Fuß aufgetreten ist.

Die ersten Angaben über das Vorkommen der Linkshändigkeit finden sich in der Bibel, wo es (im Buche der Richter) von den Benjaminiten heißt: „Es waren 700 Auerserkene, die mit der Schärfer in der linken Hand ein Haar als Ziel treffen konnten, ohne es zu fehlen.“ Von den alten Ägyptern wird auf Grund von Hieroglyphen und Sarkophagzeichnungen behauptet, daß ein großer Prozentsatz linkshändig gewesen sei. Manche Forscher nehmen an, daß in früheren Zeiten linkshändiger Gebrauch bevorzugt war und weisen u. a. auf die linksdändige Schrift der Juden hin, die, wie man es auch bei anderen Semiten und auch der griechischen Schrift annehmen kann, entweder ganz linkshändig oder abwechselnd links- oder rechtsdändig geschrieben wurde.

Man hat versucht, die Angaben über die Linkshändigkeit bei den alten Kulturvölkern mit dem Vorkommen der Linkshändigkeit bei den heutigen, den alten Völkern nachfolgenden oder kulturell nach-

Ehrhardt's Meineids-Prozess.

Das gegen den Kapitänleutnant v. Ehrhardt schwebende Verfahren wegen Geheimbündelei ist, wie wir bereits mitteilten, auch auf Meineid und Verleitung zum Meineid ausgedehnt worden. Ueber die Vorgänge, die diesem Verfahren zugrunde liegen, erfahren wir folgendes: Ehrhardt hat vor dem Untersuchungsrichter in München unter seinem Eide und unter dem Namen Eschwege falsche Angaben über sich selbst gemacht und eine Fürstin Hohenlohe, bei der er in Starnberg gewohnt haben soll, zu verleiten gesucht, diese Angaben unter ihrem Eide zu bekräftigen. Das Verfahren wegen Meineid und Verleitung zum Meineid wird, als in Tateinheit mit seiner Geheimbündelei begangen, vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verhandelt werden.

Hoffentlich werden die Vorbereitungen des Staatsgerichtshofes zum Ehrhardt-Prozess gründlicher erledigt, als es beim Rathenau-Prozess der Fall war. Vor allem erwarten wir, daß auch Ludendorff in Leipzig öffentlich ins Verhör gezogen wird. Dem Staatsgerichtshof wird nicht unbekannt sein, daß Ehrhardt mehrfach bei Ludendorff zu Gast gewesen ist und die Wohnung des vergangenen Generals zu diesem Zweck von Nationalsozialisten „gesichert“ wurde.

Die Leipziger Oberbürgermeister-Wahl.

Leipzig, 3. Januar. (WZ.) In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Rates und der Stadtvorordneten wurde Oberbürgermeister Dr. Rothe auf sechs Jahre wiedergewählt. Nachdem ein Vertagungsantrag der linken Seite abgelehnt worden war, verließen die sozialistischen und kommunistischen Stadtvorordneten mit allen Fraktionskollegen vom Rat den Sitzungssaal, worauf die bürgerlichen Stadtvorordneten und Stadträte die Wahl vornahmen. Es wurde eine Anzahl Proteste der linken Seite wegen angeblicher Beschlußunfähigkeit zu Protokoll gegeben. Ob Dr. Rothe die Wahl unter diesen Umständen annimmt, ist noch ungewiß. Falls er sie annimmt, wird das Ministerium des Innern eine Entscheidung herbeizuführen haben.

Die Wahl ist von den bürgerlichen Parteien, die in der Stadtvorordnetenversammlung in der Minderheit sind, ohne jede Vorbereitung und unter bewußter Umgehung der sozialistischen Parteien anberaunt, um beim Inkrafttreten der neuen städtischen Gemeindeordnung die Neuwahl des Leipziger Oberbürgermeisters zu erschweren. Das Vorgehen der bürgerlichen Parteien einschließlich der Demokraten beweist zur Genüge, wer den Umterstörer betreibt.

Milde Richter.

München, 7. Januar. (TU.) Vor dem Volksgericht in München hatten sich gestern die Brüder Heinrich und Konrad Deibler zu verantworten, die Lebnner, den Kittenstier auf Kuer, und den Urheber des Todes des Abgeordneten Osel sowie den Major Jareis im Automobil über die Grenze brachte. Heinrich Deibler wurde zu 10000 M. Geldstrafe verurteilt, während Konrad Deibler freigesprochen wurde. Einer der Hauptbeteiligten soll bereits früher in Oesterreich zu drei Monaten schweren Kerkers verurteilt worden sein.

Nationalsozialistische Attentäter?

Die Dynamitanschläge in Halle.

Halle, 3. Januar. Es ist der Polizei bisher nicht gelungen, die Täter der Dynamitanschläge auf mehrere Denkmäler zu ermitteln. Nach dem Anschlag auf das Kaiser-Wilhelm-Denkmal und die Villa Behmann versuchten die Täter übrigens auch das Siegesdenkmal am Königsplatz zu sprengen, konnten aber von einer Streife der Schutzpolizei daran verhindert werden. Auf die Ergreifung der Täter sind von den bürgerlichen Parteien jetzt 1 Million Mark zur Verfügung gestellt worden.

In der örtlichen Presse wird der Verdacht ausgesprochen, daß die organisierten Sprengversuche von den Nationalsozialisten ausgehen.

Das Schicksal der Vertriebenen.

Einem Vertreter des Wirtbadschen Telegraphen-Bureaus gegenüber führte Kultusminister Voelck in einer Aussprache über die Aufgaben Preußens im Rheinland u. a. aus: Unsere Sorge gilt den Schulen, den Mitteln- und Volksschulen des Rheinlandes in ganz besonderer Maße. Bei der Aufgabe, die durch den Friedensvertrag heimattlos gewordenen Lehrkräfte vor allem aus dem abgetrennten Gebiet im Osten auch in den Rheinländern unterzubringen, sind uns bedauerliche Schwierigkeiten durch die interalliierte Rheinlandkommission erwachsen. Die preußischen Lehrer werden auf ihrem Posten rundweg abgelehnt. So wird die Unterbringung katholischer oder orthodoxer Lehrlinge in der vorwiegend katholischen Rheinprovinz zur Unmöglichkeit gemacht. Tausende von Lehrern könnten ihrer wichtigsten Bestimmung zugeführt werden, wenn diese Schwierigkeiten nicht gemacht würden, die ich um so mehr bedauere, als ich die Verhältnisse in Oberschlesien vor einigen Tagen auf einer Reise nach dem Osten selbst kennenlernen konnte.

Die nächste Vollsitzung des Reichstages wird nach neuer Disposition voraussichtlich erst am 18. Januar d. J. stattfinden. Sollten Ereignisse eintreten, die eine frühere Sitzung des Reichstages erforderlich machen, so wird der Reichstagspräsident sie einberufen.

Devisenkurse.

	8. Januar		2. Januar	
	Käufer (Weil.) Kurs	Verkäufer (Weil.) Kurs	Käufer (Weil.) Kurs	Verkäufer (Weil.) Kurs
1 holländischer Gulden	2992.50	3002.50	2955.84	2989.69
1 argentinische Papier-Peso	2942.87	2957.18	2718.18	2781.82
1 belgischer Franc	508.73	506.27	491.26	498.74
1 norwegische Krone	1408.47	1413.53	1386.60	1393.40
1 dänische Krone	1531.14	1538.84	1478.90	1483.70
1 schwedische Krone	2014.95	2025.15	1940.13	1949.87
1 finnische Mark	—	—	179.55	180.45
1 japanischer Yen	—	—	3581.07	3578.53
1 italienische Lire	384.08	385.97	369.07	370.93
1 Pfund Sterling	3466.12	3483.88	3316.25	3358.75
1 Dollar	7506.18	7543.82	7241.85	7278.50
1 französischer Franc	551.11	553.80	533.96	536.84
1 brasilianischer Milreis	—	—	857.85	862.15
1 Schweizer Franc	—	—	1871.54	1878.74
1 spanische Peseta	—	—	1137.15	1142.85
100 österr. Kronen (abgr.)	—	—	10.39	10.45
1 tschechische Krone	—	—	225.43	226.87
1 ungarische Krone	—	—	3.01	3.03
1 bulgarische Lewa	—	—	50.12	50.88
1 jugoslawischer Dinar	—	—	74.81	74.69

Parkvandalen.

Die Zeit der großen Not und der sinkenden Moral geht leider an dem, was bisher jedem als Heiligtum galt, den öffentlichen Parkanlagen und Spielflächen, nicht mehr spurlos vorüber. Es ist leider zu verzeichnen, daß die im vergangenen Halbjahr sich immer stärker machenden Parkvandalen ohne Rücksicht darauf, daß die Parkanlagen und Spielfläche als Eigentum der Gemeinde, der Erholung und Gesundung der Bevölkerung, vornehmlich der alten Leute und Kinder, dienen, rücksichtslos Bänke und Einfriedigungen zerstören, um die Eisenteile als Metzeisen in den wie Pilze aus dem Boden schießenden Metallhandlungen zu verkaufen.

Der materielle Schaden, der der Stadt z. B. im Bezirk Treptow dadurch entstanden ist, hat, wie man uns schreibt, nahezu eine Million Mark erreicht. An eine Wiederbeschaffung sämtlicher Materialien und Herstellung des alten Zustandes kann nicht gedacht werden. Bänke, denen die Rücklehnen abgeschlagen sind, werden ohne diese stehen bleiben müssen. Es sind rund 50 Bänke zerstört worden. Wo nötig, muß durch Austausch und zweckmäßige Platzierung versucht werden, dem Ruhebedürfnis der Bevölkerung, soweit es die vorhandenen Mittel gestatten, Rechnung zu tragen. Eine Spezialität der Vandalen ist das Abschlagen der Pilarsenköpfe von den eisernen Einfriedigungen, sogenannten Tiergartengittern. Der Metallwert dieser Köpfe ist im Verhältnis zu dem dadurch angerichteten materiellen und ideellen Schaden nur gering. Natürlich sind auch die Bedürfnisanstalten in den Anlagen vor Dieben nicht sicher. Regengossen, Dachrinnen, kurz alles, was Metall heißt, wird heruntergerissen. Trotz verstärktem Wächterdienst durch Hinzuziehung von Wächtern in Zivilkleidung und unerkannter Aufmerksamkeit der Parkbeamten, Gärtner und Arbeiter, trotz eifriger Mitarbeit der Polizei im Rahmen der ihr verfügbaren Kräfte, ist bei der Größe der Parkanlagen im Bezirk eine Festnahme der Täter nur in den seltensten Fällen möglich. Diesem Ziel kann nur die tätige Mitarbeit der Parkbesucher näherkommen. Es ist in letzter Zeit gelungen, durch die Aufmerksamkeit von Privatpersonen einer Anzahl von Vandalen das Handwerk zu legen. In Würdigung dieser erfreulichen Tatsache hat das Bezirksamt Treptow beschlossen, denjenigen Mitbürgern, die sich um die Ergreifung solcher Vandalen verdient gemacht und ihre Festnahme ermöglicht haben, eine kleine Anerkennung in Geld zuzuwenden. Es kann sich hierbei nicht um eine Belohnung im engsten Sinne des Wortes handeln. Dazu würden auch die überaus geringen Mittel des Bezirksamtes nicht ausreichen. Doch werden die Empfänger in der Tatsache der Würdigung ihrer Tat den Dank desjenigen im Namen der gesamten Bevölkerung erkennen. Bisher konnten an drei Mitbürger je 1000 Mark überwiesen werden.

Der Streik der Markthallenhändler.

Die Händlerangestellten für den Magistrat.

Der Streik der Großhändler in den Berliner Markthallen hat mit Beginn des heutigen Tages eine Erweiterung erfahren. Die Kleinhändler haben jetzt ebenfalls ihre Stände geschlossen. In zuständigen Magistratskreisen sieht man diesen Vorgängen mit größter Ruhe entgegen, um so mehr, als die Großhändler anscheinend den Boden unter sich wanken fühlen.

Im Laufe des heutigen Vormittags erschien eine Deputation der Arbeitnehmer der Markthallengroßhändler bei den zuständigen Stellen, um ihr Einverständnis mit dem Verhalten des Magistrats auszudrücken und sich dem Magistrat zu Arbeitsleistungen zur Verfügung zu stellen. Das Verhalten der Markthallengroßhändler kann gar nicht scharf genug gekennzeichnet werden. Sie haben versucht, ihre Arbeiter betrunken zu machen, um sie so zu veranlassen, die Wagen der liefernden Obst- und Gemüsehändler umzuwerfen. Da sich aber die Arbeiter dazu nicht bereit erklärten, haben die Großhändler eine Anzahl leichtfeuer Elemente angeworben, die in den Mittagsstunden die Jungensstreifen aus Marxahn, Arnseide, Blumenberg, Weißensee usw. besetzt hielten und den Versuch machten, die kommenden Zufuhren abzufragen. Ebenfalls hat man solche Leute auf den einzelnen Markthallen postiert. Polizeiliche Schutzmaßnahmen werden im Laufe des Nachmittags hier helfend eingreifen. Die städtischen Verkaufsvermittler sind am Streik nicht beteiligt und halten ihre Stände nach wie vor offen. Im übrigen wird die Polizei auf Grund des allgemeinen Landrechts die Händler zwingen, den Handel wieder aufzunehmen, weil dieser Streik die öffentliche Sicherheit gefährdet. Von einer kommenden Hungersnot kann gar keine Rede sein. Sollten sich die streikenden Kreise nicht bereit erklären, ihre Stände zu öffnen, so wird zwangsweise der Magistrat den Verkauf übernehmen. Die mit dem Magistrat sympathisierenden Arbeiter werden sich der Genossenschaft Berliner Lebensmittelgroßhändler, die vorläufig die Markthallenarbeiten verrichten wird, zur Verfügung stellen. Die Arbeitnehmer der Großhändler stehen einmütig auf dem Standpunkt, daß ihre Arbeitgeber die Standmieten bezahlen können, wenn sie ihre noblen Passionen ein wenig einschränken.

Wieder ein Raubmordversuch.

Ein neues Kapitalverbrechen wird aus Steglitz gemeldet. Dort übersielen in der vergangenen Nacht in dem Hause Sedanstraße 9 eine „Stütze“ und deren Anhang die betagte Rentiere Cäcilie Puppe im Bett, versuchten sie zu ermorden, beraubten sie und entkamen mit der Beute, die im einzelnen noch festgestellt werden muß. Hüterin in der Wohnung wachte gegen 5 Uhr morgens die Hausgenossen. Das Postgeheimamt Steglitz entsandte sofort einen Kriminalbeamten. Man fand die alte Dame in einer Blutlache, aus mehreren Kopfwunden blutend, in ihrem Bett liegen. Die Verhältnisse in der Wohnung waren zum Teil ausgeraubt. Die Frau hatte gestern eine Stütze angenommen, die nun verschwunden war. Man nimmt an, daß sie in der Nacht ihren Anhang eingelassen und mit ihm die Frau überfallen hat. Die Ueberfallene verlor die Besinnung, und so konnten die Täter entkommen.

„Graf Steiner“.

Das Haupt einer ungarischen Schwindler- und Diebesbande wurde von der Berliner Kriminalpolizei unschuldig gemacht. Ende des vergangenen Novembers stahl in Leipzig ein angeblicher Agent Arpad Krämer aus Budapest 2½ Millionen in in- und ausländischen Gold- und Silbermünzen. Die Leipziger Kriminalpolizei ermittelte, daß der Flüchtling mit anderen Ungarn, darunter einem Studenten Blauer, der tschechoslowakische Kronen gefälscht und in den Verkehr gebracht und im Verein mit einer Bande aus Bulgarien anderer Art verübt hat, zusammenarbeitet. Es gelang ihr auch, Blauer zu ermitteln und zu verhaften und festzustellen, daß Krämers Spur nach Berlin führte. Er wurde hier festgesetzt und in Gegenwart seiner Frau verhaftet, nachdem er in verschiedenen Hotels und Pensionen unter falschen Namen gewohnt hatte. Als seine Frau im Gefängnis Gelegenheit hatte, mit ihm zu sprechen, teilte er ihr mit, wo sich das von ihm „erworbene Geld“ aus der Leipziger Beute befindet. Die Frau wurde scharf beobachtet. Als sie in einem Pensionat in der Gödenstraße die Gepäckstücke ihres Mannes forderte, erschienen plötzlich Kriminalbeamte und beschlagnahmten alles. Das Gepäck enthielt einen großen Teil des in Leipzig gestohlenen Geldes, darunter einen Sack Silbergeld und Papiere. Als Krämer, der sich u. a.

auch „Graf Steiner“ nannte, nach Berlin kam, war er ziemlich abgerissen. Er ließ sich hier sofort sehr gut ein und besuchte dann die ersten Hotels, um mit hochgestellten Leuten Verbindungen anzuknüpfen. Er fühlte sich so sicher, daß er auch Frau und Kind hierher kommen ließ, um in Berlin mit ihnen auf großem Fuß zu leben. Unter anderm beabsichtigte er auch, Berliner Grundstücke anzukaufen. Alle, die mit dem Manne mit den vielen Namen und auch mit Blauer in Verbindung gekommen sind, vielleicht auch beim Umwecheln von Geld, werden ersucht, sich umgehend bei der Inspektion A. I. im Zimmer 195/196 zu melden.

Berlins Weihnachtsverkehr.

77 Proz. Zunahme gegen 1921.

Der Reiseverkehr zu den Festtagen setzte in diesem Jahre überraschend stark ein und steigerte sich vom 21. bis zum 24. Dezember zu einem Massenerverkehr, wie ihn die Berliner Bahnhöfe noch nicht erlebt haben; es wurden insgesamt 312 604 Fahrkarten verkauft, 137 273 mehr als im letzten Jahr, was einer Zunahme von 77 Proz. entspricht.

Am stärksten war der Andrang am Sonnabend vor Weihnachten, an dem 98 033 Fahrkarten verlangt wurden; bereits am Donnerstag waren es 57 630, am Freitag stieg die Zahl auf 69 850 und noch am Weihnachtsabend hielt der Andrang fast unvermindert an; es wurden 87 091 Fahrkarten verkauft. Am stärksten war der Verkehr — wie zu allen Hauptreisezeiten — auf dem Sietziner Bahnhof, der in den vier Vorweihnachtstagen 44 393 Personen (gegen 18 166 im Vorjahr!) abfertigte; die starke Benutzung der nördlichen und nordöstlichen Strecken scheint übrigens zu beweisen, daß der Hauptstrom der Reisenden nicht dem Winterport und bloßen Vergnügungsausflügen galt, sondern daß diese Feiertage vorwiegend zu Besuchs- und Verwandtschaftsreisen benützt wurden; das geht auch aus dem verhältnismäßig schwächeren Verkehr des Anhalter und Potsdamer Bahnhofs hervor, die in der Reihe der Berliner Bahnhöfe mit 21 400 bzw. 17 448 Fahrkarten erst an 8. bzw. 10. Stelle stehen, während sie im vorigen Jahr mit ihren 18 100 bzw. 11 710 Reisenden als stärksten Bahnhöfe gelten konnten. Die Fernbahnhöfe der Stadtbahn — an erster Stelle der Schlesische Bahnhof mit 44 393 — verkauften insgesamt 131 699 Fahrkarten; es folgt der Lehrter Bahnhof mit 24 635 und der Görlitzer Bahnhof mit 14 933. Einen sehr starken Anteil am Fahrkartenvorverkauf hatte auch das Mitteleuropäische Reisebureau, das in seinen 20 Berliner Verkaufsstellen 30 782 Karten absetzte, fast doppelt soviel als im vorigen Jahr, ein Zeichen, daß sich der bequeme Vorverkauf immer stärker einbürgert.

Gentlemen-Einbrecher mit Dum-Dum-Geschossen.

Einen guten Fang machte ein Schutzpolizist in Treptow. Er stellte zwei junge Kerle mit verdächtigem großen Gepäck, das Berberpeppere, feine Schafwolle, Körbe mit M. S. gezeichnete feine Wäsche, gefüllte Weinschalen und viele andere wertvolle Sachen enthielt. Alles war über Nacht aus einer vermutlich bei Königsmusterhausen gelegenen Villa gestohlen worden. Die beiden Einbrecher wurden nach dem Kriminalamt in Treptow gebracht, wo man in ihren Taschen einen Gummsauger zum Abschalldämpfenden Eindringen von Fensterseiben, eine größere Anzahl von Dum-Dum-Geschossen und drei Gepäckaufbewahrungsscheine fand. Der eine ist ein 22-jähriger, angeblich wohnungsloser Karl von Gullfeld, der andere ein angeblicher Kartoffelhändler Erich Große aus Kopenburg bei Jüterbog. Bei Große fand man auch ein Scheibbuch sowie eine auf seinen Namen lautende Quittung über 7 Millionen Mark Bezahlung für ein Auto. Die auf dem Schlesischen Bahnhof lagernden Gepäckstücke, die Metall und ebenfalls Wäsche enthielten, waren nach der Verhaftung von Helfershelfern gesperrt worden, wurden aber gleich darauf von der Kriminalpolizei beschlagnahmt. Es handelt sich offenbar um eine organisierte Verbrecherbande, die noch viel mehr auf dem Kerbholz hat.

Der Mann von der „Feuer- und Steuerkommission“.

In den letzten Tagen sind wieder einige Fälle bekanntgeworden, in denen ein Betrüger versucht, Steuerbeträge, besonders Grundsteuern, zu erheben. Der Schwindler wird wie folgt beschrieben: Schlank, ca. 1,80 Meter groß, dunkelblond, 32—33 Jahre alt, kleiner dunkelblonder Schnurrbart, dunkler Ueberzieher und dunkler steifer Hut. Er trägt eine schwarze Kattunhose, mit losen großen, langen Geschäftsquittungen mit Aufdruck; diese sind unter der Bezeichnung „Feuer- und Steuerkommission“ mit zwei Unterschriften versehen. Der Schwindler hat auch eine Ausweisarte vorgezeigt, die aber nicht näher beschrieben werden konnte. — In Berlin werden Steuern von Beamten nur noch im Zwangsbeitragsverfahren in der Wohnung des Steuerzahlers angenommen, im übrigen sind Steuern stets bar oder unbar an die zuständige Steuerkasse zu zahlen. Die Polizeibehörden, die rücksichtlose Steuern betreiben, müssen für jeden Posten einen Vollstreckungsauftrag vorweisen und quittieren bei Zahlung auf besondere Mitteilungsvordruck. Sie dürfen andere Steuerbeträge als solche, für die sie Vollstreckungsaufträge haben, überhaupt nicht annehmen. Wechsel und Geschäftsquittungen werden beim Steuerzahlungsgeschäft nicht verwendet und nicht angenommen.

Im Prozeß Klante beschloß das Gericht, auf Grund der abgegebenen Gutachten die Verhandlung fortzusetzen und ordnete die Vorführung Klantes an.

Feuer im Metropol-Theater. Dieser Ruf alarmierte am Dienstagabend zum zweiten Male die Berliner Feuerwehr innerhalb kurzer Zeit. Diesmal brannte nur ein Schaukasten in der Behrenstraße 55/57. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden.

Explosion eines Kabelschachtes. In der Nacht zum 2. Januar wurde die 5. Kompanie nach der Zionskirchstraße alarmiert. Dort stellte es sich heraus, daß vor dem Hause Nr. 12 ein Postkabelschacht explodiert war. Von mehreren Schächten waren die Deckel weit fortgeschleudert. Eine große Schaulustenscheibe im Werte von mehreren hunderttausend Mark war total zerschmettert und Auslöser beschädigt. Die Aufregung unter den Anwohnern war groß. Die Unfallsstätte mußte polizeilich abgesperrt werden. Man vermutet, daß sich in dem Schacht Erdgas angesammelt und dann vielleicht durch Fortmerfen eines brennenden Streichholzes oder durch elektrischen Kurzschluß entzündet haben. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Der letzte deutsche Kriegsgefangene in der Heimat. Am 31. Dezember traf der letzte deutsche Kriegsgefangene aus Frankreich, der Infanterist Otto Raffin, ein. Zu seiner Begrüßung hatte eine vieltausendköpfige Menge vor dem Bahnhof in Gelsenkirchen eingefunden. Bürgermeister Anoton begrüßte den Zurückgekehrten.

Sprechchor für die proletarischen Feiertage. Donnerstagabend 7 Uhr, pünktlich im Gesangsraum der Sophienstraße, Weihnachtsfeier.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebend. Zunächst wärmer, überwiegend trübe, mit Regenschauern und frühen abendlichen bis westlichen Winden. Nachher zeitweise aufklarend und etwas kühler.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

34. Abt. Charlottenburg. Heute abend 8 Uhr im Strabum, Gellertstraße 13, Funktionärstreffen. Die Funktionäre müssen erscheinen.
 95. Abt. Neukölln. Donnerstag, den 4. 7/8 Uhr dringende Vorstandssitzung bei W. H. Strömmer.
 Jungsozialisten. Gruppe Neukölln. Donnerstag, den 4. pünktlich 8 Uhr im Jugendheim, Rogauerstr. 54, Arno Holzabend.

Gewerkschaftsbewegung

Ein Lohnkampf von großer Tragweite.

Wie wir im heutigen Morgenblatt bereits mitgeteilt haben, hat der Verband der Berliner Metallindustriellen es abgelehnt, für den Monat Januar irgendwelche Lohnerhöhungen zuzugestehen zu wollen. Die Berliner Metallindustriellen begründen ihren Standpunkt mit den schwebenden Verhandlungen in Paris und mit der möglichen Stabilisierung der Mark. Sie verlangen, daß die Arbeiter, deren Löhne immer mehr hinter der Teuerung zurückgeblieben sind, nun, da die Teuerung zum Stillstand zu kommen scheint, sich mit den Hungerlöhnen der wahnsinnigen Teuerung begnügen sollen.

Was zunächst die Teuerung betrifft, ist es allerdings richtig, daß seit zwei Wochen die Großhandelspreise um einige Prozent zurückgegangen sind, nicht aber die Kleinhandelspreise. Da die Kleinhandelspreise sich unweigerlich den Großhandelspreisen anpassen müssen, hinter diesen jedoch noch erheblich zurückgeblieben sind, so ist vorauszuweisen, daß die Lebenshaltungskosten auch noch weiter steigen werden, wenn auch vielleicht in einem weniger raschen Tempo als während der letzten Monate.

Wie aber steht es mit den Löhnen der Metallarbeiter in ihrem Verhältnis zur Teuerung? In unserer Nr. 614 vom 30. Dezember haben wir auf Grund der amtlichen Statistik die Entwicklung der Löhne und der Teuerung vom April bis November veröffentlicht. Wir haben dabei festgestellt, daß im April die Löhne der Metallarbeiter 21,28 bzw. 23,52mal die Löhne des Juli betragen; während die Teuerung damals nach der Reichsindezziffer nahezu das 32fache im Vergleich zum Juli 1914 betrug. Im November betragen die Durchschnittslöhne der Metallarbeiter das 22fache der Vorzeugslohne, während die Lebenshaltungskosten nach der Reichsindezziffer auf das 59fache gestiegen waren. Somit waren die Löhne der Metallarbeiter seit April

um rund 62 Proz. hinter der Teuerung

der letzten Monate zurückgeblieben. Für Berlin liegen die Verhältnisse noch schlimmer, da in Berlin die Teuerung noch erheblich größer als im Reichsdurchschnitt ist. Nach der amtlichen Statistik der Stadt Berlin betrug die Steigerung der Lebenshaltungskosten Mitte Dezember im Vergleich zu Juli 1914 das 110fache. Seitdem sind die Lebenshaltungskosten weiter gestiegen. Es ist also eine geradezu unglaubliche Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse, wenn die Berliner Metallindustriellen heute es so hinstellen wollen, als wären die Löhne der Metallarbeiter der Teuerung bereits angepaßt.

Nun operieren die Herren aber auch mit den Pariser Verhandlungen und der möglichen oder vorausgesetzlichen Stabilisierung der Mark. Sie sagen, daß man in Paris den Willen der deutschen Reichsregierung, die Mark zu stabilisieren, anzweifeln würde, wenn man gerade jetzt weitere Lohnerhöhungen zubilligen wollte. Nun haben wir im „Vorwärts“ in der Morgenausgabe vom 16. Dezember auf Grund eines Vergleichs des Direktors des Statistischen Bureaus im englischen Arbeitsministerium festgestellt, daß im April und Mai 1922 der Durchschnittslohn des deutschen Arbeiters nur etwa ein Drittel des Lohnes der Arbeiter in Frankreich und Belgien betrug, weniger als ein Fünftel des englischen Arbeiters und weniger als

ein Zwölftel des amerikanischen Arbeiters.

Zwischen hat sich diese Verhältnisse des deutschen Arbeiters noch verschlimmert. Was die Industriellen der Allierien Deutschland vorwerfen, ist das sogenannte Dumping, d. h. das systematische Unterbieten der Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Dieses Unterbieten wurde in den letzten Monaten mit Hilfe der Markentwertung und vorzüglich mit Hilfe der Hungerlöhne der deutschen Arbeiter betrieben. Wenn die deutschen Industriellen heute erklären, daß sie Lohnzulagen verweigern, so fallen sie damit in Wirklichkeit der Reichsregierung in den Rücken. Denn diese Stellungnahme bedeutet nichts anderes, als die Entschlossenheit der deutschen Industriellen, trotz

Markstabilisierung das Dumping auf Grund der Hungerlöhne der deutschen Arbeiter fortzusetzen.

Die Stärke der deutschen Industrie bestand bislang in der Qualitätsarbeit des deutschen Arbeiters. Diese ist mit Hungerlöhnen nicht aufrecht zu erhalten. Ganz abgesehen von dem unermesslichen schweren und langen Kampf, den die Berliner Metallindustriellen heraufbeschwören, wenn sie auf ihren unhaltbaren Standpunkt sich versteifen, kann man die Ablehnung jeder Lohnerhöhung in dem gegenwärtigen Stadium als einen Dolchstoß in den Rücken des Kabinetts Cuno angesichts der Pariser Verhandlungen bezeichnen und als die bewußte oder unbewußte Absicht, die deutsche Wirtschaft um dreißig Jahre zurückzuwerfen.

Wie wir erfahren, hat das Reichsarbeitsministerium die Vergleichsverhandlungen zwischen dem DMB und dem BMB auf den 5. Januar festgelegt. Die Verhandlungen finden unter dem Vorsitz des Geheimrats Wulff statt. Wie immer, befragt die „Rote Fahne“ die Geschäfte der Unternehmer, indem sie die Arbeiter untereinander und gegen die Leitung des Metallarbeiterverbandes zu verheizen sucht. Charakteristisch ist es für den Geist der „Roten Fahne“, daß sie den Schlupfpassus der Zuschrift des Metallarbeiterverbandes, in dem die Einstellung des Bruderkampfes als dringende Pflicht des Augenblicks erklärt wird, ihren Lesern unterschlügt. Damit richtet sich das kommunistische Blatt als Handlanger der Unternehmer.

Lohnaufbesserung in den Goldwarenfabriken.

In einer Versammlung der in den Goldschmiedebetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am Dienstag im „Dresdener Garten“ berichtete Branchenleiter Heipt über das Ergebnis der Lohnverhandlung mit den Arbeitgebern, die dem Spittelmarkt 67, dem Lindenkonzerne angehören. Die Arbeitgeber erklärten sich schließlich bereit, für die Zeit vom 1. bis zum 15. Januar auf die bestehenden Löhne einen Aufschlag zu zahlen, der für Zumeilen- und Goldarbeiter 100, für Reparatoren 80, für Frauen und Polierinnen 60, für Jungausgelernte im ersten Jahre 50 und für jugendliche Arbeitskräfte im Alter von 14 bis 18 Jahren 40 M. auf den Stundenlohn betragen soll. Die Verhandlungskommission sei mit diesem Angebot nicht zufrieden gewesen, insbesondere nicht mit der Zulage für die Reparatoren und der für Frauen. Es sei ihr aber nicht möglich gewesen, mehr von den Arbeitgebern zu erreichen, obgleich die Reparatoren zweifellos als leistungsfähige Facharbeiter angesehen werden müßten. — Henschel, Vertreter des Metallarbeiterverbandes, bestätigte die Ausführungen des Berichters und hob hervor, daß es notwendig sei, bei der nächsten Verhandlung einen Ausgleich herbeizuführen. — An die Berichtserstattung schloß sich eine lange und lebhafteste Diskussion, die nach verschiedenen Seiten hin wertvolle Anregungen brachte und zur Annahme des Angebots der Arbeitgeber führte.

Was kostet England die Arbeitslosigkeit?

Die Frage der Arbeitslosigkeit hat in den englischen Wahlen sowie beim Beginn der Tätigkeit des neuen Parlaments eine hervorragende Rolle gespielt — eine größere, als die irische Frage und die Frage der englisch-französischen Beziehungen. Die Arbeitslosen haben einen „Zug nach London“ veranstaltet, welcher von der bürgerlichen Presse als „Roter Aufschlag“ verstanden wurde; Bonar Law hat sich geweigert, mit den Führern dieser Demonstrationen zu verhandeln. Aber nicht nur die Arbeitslosen, sondern die große Masse des übrigen Volkes leidet sehr unter der heutigen Lage: Die Arbeitslosigkeit kostet dem Lande, den Steuerzahlern zuviel. Die zweite Novemberwoche allein (die Woche des Wahltages) hat mehr als eine Million Pfund gekostet (890 000 an Unterhaltungen, 99 000 Verwaltungskosten, 20 000 Verzinsung von Schulden der Arbeitslosenversicherung); 1/3 der Ausgaben wurden von den Arbeitern und Unternehmern gedeckt, 1/3 vom Staat, d. h. von den Steuerzahlern. Im ganzen wurden seit Beginn der Arbeitslosigkeit von den Versicherungsorganen 90 Millionen Pfund verausgabt. Außerdem haben die Organe der Armenverwaltung 60 Millionen, die Gewerkschaften 12 Millionen und die Sozialfürsorgeverwaltung (zur Unterstützung der Notstandsarbeiten) 17 Millionen ausgegeben;

die Steuern aber, die diese Organe dazu gebraucht haben, werden von den ärmeren Bevölkerungsschichten aufgebracht, da ja die englischen Kommunalsteuern die großen Einkommen nur ganz gering belasten und die Gewerkschaftsunterstützungen aus Mitgliederbeiträgen fließen. Alles in allem hat England während der Depression rund 180 Millionen Pfund ausgegeben. Es ist daher nicht zu verwundern, daß auch die große englische Devisenfrage lebhaft interessiert ist, zumal die Arbeitslosigkeit keineswegs im Abflauen ist. Am 17. Dezember wurden 1 385 600 Arbeitslose gezählt, 1256 mehr als in der Vorwoche.

Die Leitung des britischen Gewerkschaftskongresses veröffentlichte eine Erklärung über die Arbeitslosigkeit, in der gegen die mangelhafte Unterstützung der Arbeitslosen durch die Regierung Verwahrung eingelegt und ein Aufruf an die englische Bevölkerung gerichtet wird, sich an den am 7. Januar von den Arbeitern veranstalteten Kundgebungen zu beteiligen.

Die Gewerkschaftspolitik der Faschisten.

Die italienischen Faschisten betreiben bekanntlich neuerdings auch „Gewerkschaftspolitik“ nach ihrer Methode. Die Ueberzeugungskraft ihrer Knüppel, Revolver und Maschinengewehre hat ihnen tatsächlich zu einem nicht unerheblichen Anwachsen der Mitgliederzahlen ihrer gewerkschaftlichen Formationen verholfen. Wenn man sich ein Bild von dem faschistischen Wirken in gewerkschaftlicher Hinsicht machen will, genügt es, sich als Beispiel den kürzlich abgeschlossenen Tarifvertrag für die bei ihren Arbeitgebern wohnenden festlohnenden Handarbeiter verschiedener Bezirke näher anzusehen und ihn mit dem abgelaufenen Vertrag der freigewerkschaftlichen Organisation zu vergleichen. Während der alte Vertrag als Basis den Achtstundentag vorsah, ist das in den neuen Abmachungen nur eine platonische Formel, die durch allerlei Einholungsparagrafen gründlich ausgeglichen wird. Statt der feinerzeit vorgesehenen 2719 jährlichen Arbeitsstunden müssen nach dem neuen Vertrag 3017 Stunden geleistet werden, also im Jahre ein Mehr von 298 Stunden. Die neuen Abmachungen bringen dem Arbeiter zwar eine Erhöhung des bar zu leistenden Fixums um 150 Lire jährlich, die aber an Hand der Arbeitsstunden umgerechnet tatsächlich ein Minus von 285 Lire gegen früher im Jahre ergeben. Hierzu kommt noch der Ausfall der früher besonders vergüteten Ueberstunden von ungefähr 180 Lire jährlich. Das Wesentliche und Bescheidende an dem faschistischen Vertrag ist die Rückkehr zum Verbot für den Arbeiter, nach der Arbeitszeit seine Wohnung nach Belieben zu verlassen. Hierzu ist jedesmal die Erlaubnis des Arbeitgebers notwendig.

Warnung vor Zug nach Bulgarien.

Das Sekretariat des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Bulgariens teilt mit, daß andauernd Arbeiter aus Deutschland, Österreich, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien in Bulgarien entlassen in der Hoffnung, dort bessere Arbeitsbedingungen vorzufinden als in ihrer Heimat. Die bulgarischen Gewerkschaften haben diese Arbeiter stets noch besten Kräften unterstellt, auch hinsichtlich ihrer Unterbringung. Die Gewerkschaften seien jetzt jedoch nicht mehr dazu in der Lage. Angesichts der in der Metall-, Bau- und Holzindustrie herrschenden Arbeitslosigkeit sei es nicht mehr möglich, den Zugehenden Arbeitsstellen zu besorgen. Aus diesem Grunde warnt das Sekretariat vor weiterem Zug von Ausländern nach Bulgarien.

Die Bergarbeiter des Dombrowaer Kohlenreviers sind mit der Forderung einer 80prozentigen Erhöhung und einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe in Höhe von 50 Proz. an die Arbeitgeber herantreten. Die Arbeitgeber sind bereit, eine Erhöhung der Löhne um 70 Proz. zu gewähren, weigern sich jedoch, die Wirtschaftsbeihilfe zu zahlen. Die Verhandlungen schweben noch. Die Entscheidung wird wahrscheinlich noch heute fallen.

Rund der technischen Angehörigen und Beamten, Ortsverwaltung Berlin, Fachgruppenversammlung Hoch- und Tiefbauwerke am Donnerstag abend 7 1/2 Uhr im Herdlichen Hof, Großer Saal, Invalidenstr. 120.

Verantwortlich für den Text: Karl Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Glode, Berlin, Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsgesellschaft von Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Gelegenheit!

Aus meinem Inventur-Verkauf

einige Beispiele meiner Preise

<p>Tüllkleid..... 4900</p> <p>Voilekleid ... 6900</p> <p>Kleid reine Wolle .. 9500</p> <p>Jackenkleid reine Wolle, auf Futter 29000</p> <p>Gabardine-Kleid reine Wolle, reich mit Tressen garniert, in vielen Farben 29500</p>	<p>Jackenkleid auf reinesoldemm Dachosse, zum Teil mit Pels 88000</p>	<p>Rock aus haltbaren Stoffen 3500</p> <p>Rock schwarz-weiß 8900</p> <p>Rock reine Wolle, gestreift oder kariert ... 14500</p> <p>Bluse Herdform .. 1375</p> <p>Bluse Seide, verschiedenen Formen 4500</p>	<p>Jackenkleid Afzahnhaak, reine Wolle auf Seidenwerg 49000</p>
--	--	--	--

HLANDSHEIM

Turmstraße 30a, Ecke Wilhelmshavener Straße

Wintermäntel
Im Preise durchweg herabgesetzt

Verkaufen Sie keine Brillanten

besonders große Objekte, ohne unsere — unüberbietbaren — sehr hohen Auslands-Ankaufpreise zu hören. Wir kaufen und suchen dringend große Steine, Perlen, Perlschnüre, Smaragde, rold. Uhren, Ketten, Ringe, Platin, Gold- und Silbergegenstände. Brillant b. 1 1/2 Mill. M. pro Kar. Gold. Uhr. b. 200 000 M. u. höher. Sofortige Barauszahlung ohne Luxussteuerabzug! Kostenlose reelle Taxen gern und bereitwillig. „Verlust erleiden Sie stets, wenn Sie nicht zu uns kommen.“

Berliner Juwelen-Verwertungs-Hans
Potsdamer Str. 118,
direkt an der Lützowstraße
9-7 Uhr, Lützow 2760.
Filiale Lützowstr. 92.

Einkauf von Brillanten.
Berlin, Smaragde, Platin, Gold- und Silberbruch, sowie Uhren, Ketten u. Ringe, Schapiro, Rene Königl. 19a, im Laden.

Preiswert: Leder

Berthold Kuttner
Lederhandlung
BERLIN SO 26
Reichenberger Str. 14
Von 1-3 Uhr geschlossen.

Kleingärtner Siedler u. Pächter
erhalten in allen vorkommenden Rechtsfragen zuverlässige Auskunft durch den

DR. ED. DAVID
Die Siedlungsgesetzgebung
einschließlich Heimstättengesetz, Kleingarten- und Pacht-schutzordnung

PREIS:
geb. 600 M., geb. 260 M

Buchhandlg. Vorwärts
Berlin SW 66, Lindenstr. 2

Metallbetten
Stahlmatt. Kinderbetten dir an Priv
Kat. 30A frei. Eisenmöbellfabr. Subl Thür.

GOLD-SILBER-PLATIN-ERUCH
kauft

Neuköllner Edel-Metall-Börse
(Embö) G.m. b. H.

Holzenerplatz 15 Berlin Straße 82
Tel. 4393 Tel. 1989

Fahrgeld wird vergütet
50 Mark Prämie bei Vorzeigung der Annonce

Nur **Hosen** **Rügener Str. 25**

Arbeits-hosen von M. 2,75 an.
Gestaltete Hosen .. 4,25
Ersatz für Maß .. 5,25
Feldgrüne Hosen .. 6,90
Manchester, Breches- u. Burschen hosen zu billigen Preisen.

Milch-Gladbacher Hosen-Zentrale
Berlin, Rügener Str. 25
(18. Quer-Lad.) nahe Bf. Gesundbr.
Fahrgeld 5, 8, 35, 38, 46, 41, 42, 48, 10, 77, 100
Fahrgeldvergütung!

Strickjacken
aller Art
Sportgarnituren, Jumper usw.
Billigste Bezugsquelle!

Bruno Richter,
Kopenhagener Str. 67,
u. Bin. Pankow, Mendelstr. 36 I. Pkw. 3723
Nur Einzelverkauf!

Spez. Behdt. **Ischias** in Hüft-, Gesäß u. Bein in 15 Tagen besetzt. Invalidenstr. 100, v. 9-11, 4 & Jacoby.

Platin-, Gold- und Silberbruch
Zahngelbst, Uhren, Ketten, Ringe sowie ämtl. Altmetalle kauft zu Engrospreisen

M. ZEISKE
Berlin O., Schreinerstr. 32 (Laden)
1 Minute vom Bf. Frankf. Allee
— Fahrgeldvergütung —
Größtes Abstragebiet für Händler

Arbeitsnachweisgesetz

mit Nebenbestimmungen erläutert von

Dr. jur. et phil. BERGER **W. DONAU**
Oberregierungsrat und Regierungsrat im Reichsamt für Arbeitvermittlung
Im Reichsarbeitsministerium für Arbeitvermittlung

Ein ansehnliches Hilfsmittel für Behörden, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur praktischen Ermittlung u. Anwen-tung des seit 1. Okt. d. J. in Kraft getretenen Gesetzes.
Preis M. 1,950

BUCHHANDLUNG VORWÄRTS **LIN SW, LINDENSTR. 2**